



Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Soziales,
Familie und Integration - 80792 München

NAME
Schumacher

Gemeinsame Einrichtungen
Optionskommunen
Landkreise
kreisfreie Städte
Regierungen
ZBFS

TELEFON
089 1261-1253

TELEFAX
089 1261-181253

nachrichtlich:

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales
Bundesagentur für Arbeit
- Regionaldirektion Bayern -
Bayerischer Städtetag
Bayerischer Landkreistag
LAG öffentliche/freie Wohlfahrtspflege
LAG freie Wohlfahrtspflege / TB Familie
Kommunaler Prüfungsverband
Landessozialgericht

E-MAIL
referat-l3@stmas.bayern.de

Laut E-Mail-Verteiler

Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
Bitte bei Antwort angeben
I 3/6072.02-1/16

DATUM
29.04.2014

Vollzug des SGB II; Abruf der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung; Verjährung, zeitliche Zuordnung von Zahlungsflüssen

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum Abruf der Bundesbeteiligung an den Kosten für Unterkunft und Heizung (KdU) nach § 46 SGB II geben wir folgende Hinweise:

// Zukunftsministerium
Was Menschen berührt.

1. Korrektur des Abrufs der Bundesbeteiligung an den KdU aus Vorjahren; Verjährung

Eine Abrechnung der KdU mit dem Bund erfolgt alle zwei Wochen (§ 46 Abs. 8 S. 2 SGB II). Es obliegt grundsätzlich dem Ermessen der Kommunen, mit welchem zeitlichen Nachlauf sie die Ausgaben und Einnahmen beim Land anmelden. Das Land führt sogleich die Abrechnung mit dem Bund durch. Es erfolgen auch regelmäßig Korrekturen für Vorjahre, um Fehler bei der Datenerfassung zu korrigieren. Es gibt im SGB II keinen spezialgesetzlichen zeitlichen Ausschlussgrund für die Geltendmachung der Bundesbeteiligung an den KdU. Gegenseitige Ansprüche wegen Nachzahlung oder Überzahlung sind daher grundsätzlich zeitlich unbeschränkt zu bedienen.

Das BMAS vertritt durch Schreiben vom 15.04.2014 an die Länder allerdings die Auffassung, dass eine vierjährigen Verjährungsfrist zu beachten sei. Wir bitten um künftige Beachtung. Infolgedessen sind im Jahr 2014 äußerstenfalls Erstattungs- bzw. Ausgleichsansprüche der Kommunen geltend zu machen, die nicht früher als im Jahr 2010 entstanden sind. Dies gilt auch umgekehrt für Berichtigungen zulasten der Kommunen und darauf gerichtete Berichtigungsansprüche des Bundes.

Begründung im Schreiben des BMAS:

„Da eine spezialgesetzliche Regelung über die Verjährung des Anspruchs der Länder auf die Bundesbeteiligung nicht existiert, kann aus § 113 SGB X und den anderen Verjährungsregelungen im SGB (§ 45 SGB I, §§ 25, 27 Absatz 2 und 3 SGB IV, § 50 Absatz 4 SGB X, § 111 SGB XII) der allgemeine Grundsatz einer vierjährigen Verjährungsfrist im Sozialrecht hergeleitet werden. Nach § 113 Absatz 1 SGB X verjähren Erstattungsansprüche in vier Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem der erstattungsberechtigte Leistungsträger von der Entscheidung des erstattungspflichtigen Leistungsträgers über dessen Leistungspflicht Kenntnis erlangt hat.

Nach der Rechtsprechung des BSG kann aus dem Fehlen einer gesetzlichen Regelung nicht geschlossen werden, dass ein streitiger Anspruch nicht der Verjährung unterliegen soll. Es ist vielmehr ein allgemeiner Rechtsgedanke, der in § 194 BGB seinen Ausdruck gefunden hat, dass Ansprüche grundsätzlich der Verjährung unterliegen. Während bis zum

Inkrafttreten der Verjährungsvorschriften in den Büchern des Sozialgesetzbuchs regelmäßig auf die Verjährungsvorschriften des BGB zurückgegriffen wurde, gelten nunmehr vorrangig die Verjährungsregelungen im Sozialgesetzbuch als Sonderregelungen (BSG, Urteil vom 28.04.1976, Az: 2 RU 119/75, juris-Rdnr. 26). § 113 SGB X enthält hierbei den allgemeinen Grundsatz, dass Erstattungsansprüche - auch wenn sie bislang gesetzlich noch nicht geregelt worden waren - einheitlich in vier Jahren verjähren (BSG, Urteil vom 01.08.1991, Az: 6 RKa 9/89, juris-Rdnr. 20).“

2. Zeitliche Zuordnung von Zahlungsflüssen

§ 46 Abs. 8 Satz 3 SGB II enthält eine Regelung zur **periodengerechten Zuordnung** von KdU-Zahlungen zum Jahreswechsel. Soweit eine Bundesbeteiligung für Zahlungen geltend gemacht wird, die wegen des fristgerechten Eingangs beim Empfänger bereits am Ende eines Haushaltsjahres geleistet wurden, aber erst im folgenden Haushaltsjahr fällig werden, ist die Zahlung dem folgenden Jahr zuzuordnen.

Im Übrigen gilt für KdU-Ausgaben und Einnahmen im Umkehrschluss das Abfluss- und Zuflussprinzip. D. h. Zahlungen, die erst im neuen Jahr erfolgen, werden ungeachtet des Zeitpunkts der Entstehung oder der Fälligkeit des Anspruchs ausschließlich dem neuen Jahr zugeordnet. Das gilt auch für Nachzahlungen, die z. B. infolge gerichtlicher Entscheidung für Monate zurückliegende Zeiträume erfolgen, sowie für Einnahmen wie Rückzahlungen von KdU für Zeiträume im vorangegangenen Jahr.

Für die Ermittlung der Bundeserstattung wird der Beteiligungssatz desjenigen Kalenderjahres zu Grunde gelegt, der nach den o. g. Grundsätzen maßgebend ist. Ohne Bedeutung ist, wann die Abrechnung zwischen Bund und Land erfolgt.

Im - durch ZBFS geführten - monatlichen Nachweis gegenüber dem Bund sind sowohl die Aufwendungen für KdU (Tabellenblatt 1) als auch die abgerufene Beteiligung des Bundes an den KdU (Tabellenblatt 2) ausgewiesen. Der Nachweis enthält zum Zweck der Zuordnung des zutreffenden Beteiligungssatzes gesonderte Spalten für abzurechnende KdU / Korrekturen aus Vorjahren.

3. Besonderheiten der Zuordnung im Rahmen der Revision

Ausschließlich für die Berechnung der Revision nach § 46 Abs. 7 SGB II (also soweit die KdU bloßer Berechnungsfaktor sind) werden die im Bezugsjahr zwischen Bund und Land abgerechneten KdU zugrunde gelegt (Kassenwirksamkeit der KdU-Ausgaben / Einnahmen beim Bund maßgeblich). Dies entspricht einer Vereinbarung zwischen BMAS und Ländern zum Revisionsverfahren und beruht ungeachtet der hierdurch entstehenden Unschärfen auf der unabweisbaren Notwendigkeit, einen Stichtag festzulegen. Andernfalls wäre zu keinem Zeitpunkt eine Datenbasis fixiert, auf deren Grundlage die Revision stattfinden könnte.

Soweit die KdU Gegenstand der Erstattung sind, bleibt stets die Kassenwirksamkeit bei der Kommune maßgeblich.

Das betrifft zum einen die jährliche Anpassung der Beteiligungsquote nach § 46 Abs. 6 SGB II durch Rechtsverordnung des Bundes. Die Berechnung im Rahmen der VO erfolgt auf der Basis der im Bezugsjahr mit dem Bund abgerechneten KdU (Kassenwirksamkeit beim Bund). Die Anpassung erfolgt stets zum 1. Januar des laufenden Jahres. Für die Abrechnung der einzelnen Nach- oder Rückzahlungen, die sich aus der neuen Beteiligungsquote ergeben, sind ausschließlich die dem laufenden Jahr zugehörigen Ausgaben und Einnahmen der Kommunen (Kassenwirksamkeit bei der Kommune) maßgeblich. Die Abrechnung erfolgt zwischen ZBFS und Bund, ohne dass es neuerlicher Meldungen durch die Kommunen bedürfte.

Im - durch ZBFS geführten - monatlichen Nachweis gegenüber dem Bund wird Tabellenblatt 2 des laufenden Jahres entsprechend korrigiert, die Jahres-Abrechnung unter Zugrundelegung der neuen Beteiligungsquote dokumentiert.

Das betrifft zum anderen die (zwischen Bund und Ländern streitige) Spitzabrechnung der Bildungs- und Teilhabe-Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (BuT) nach § 46 Abs. 7 S. 3 SGB II (vgl. AMS I3/6072.02-1/14 vom 15.04.2014). Auch die Spitzabrechnung erfolgt nach im Bezugsjahr mit dem Bund abgerechneten KdU (Kassenwirksamkeit beim Bund). Dies betrifft auch die Einzelabrechnungen je Kommune, da auch insoweit die KdU bloßer Berechnungsfaktor, nicht aber Gegen-

stand der Erstattung sind. Nach- oder Rückzahlungen, die sich hieraus ergeben, werden durch das ZBFS mit dem Bund abgerechnet, ohne dass es neuerlicher Meldungen durch die Kommunen bedürfte. Die Nach- oder Rückzahlungen werden mit den laufenden KdU-Abrufen verrechnet.

Im - durch ZBFS geführten - - monatlichen Nachweis gegenüber dem Bund
sind die je Kommune errechneten Nach- / Rückzahlungen auf einem gesonderten Blatt (Tabellenblatt 3) unter Angabe des Bezugsjahres (auf das sich die Spitzabrechnung bezieht) auszuweisen. Auf Tabellenblatt 3 wird zugleich der jeweilige Stand der Tilgung (Verrechnung mit Bundesanteilen an KdU nach § 46 Abs. 5 und 6 SGB II im aktuellen Jahr) dokumentiert.

Sie finden dieses AMS in Kürze auch unter der Adresse

<http://www.stmas.bayern.de/grundsicherung/jobcenter/index.php>.

Mit freundlichen Grüßen



Jochen Schumacher

Ministerialrat